

Ohne Bewegungsdynamik wird gar nichts laufen

von Werner Rätz, Bonn (Attac-Rat)

Proteste gegen die Krise gab es, seit sie als „Finanzkrise“ im Spätsommer 2008 die Politiknachrichten eroberte. Bis dahin fand sie zwar auch schon statt, kam aber nur auf den Wirtschaftsseiten der Zeitungen vor und wurde deshalb auch von der Linken weltweit nur sehr wenig wahrgenommen. Eine Ausnahme stellten nur die Sektorendar, die sich bewusst waren, dass nicht die Krise, sondern der Alltag ihr Problem war.

Auch Attac, eigentlich von seinen Arbeitsthemen her dazu prädestiniert, früher und genauer als andere auf die Entwicklung der (Finanz)Wirtschaft zu schauen, hatte zwar schon länger vor den einschlägigen Entwicklungen gewarnt, konzentrierte Aufmerksamkeit und Ressourcen aber erst nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers darauf. Allerdings gelang es zumindest in Deutschland sehr rasch, einen Begriff davon zu gewinnen, dass es sich eben nicht nur um eine Finanzkrise handelte, der sicherlich eine Wirtschaftskrise folgen würde, sondern um eine systemische Krise des Kapitalismus. In einer Erklärung vom Oktober 2008 heißt es: „Die Zeit ist reif für einen Systemwechsel. Wir dürfen die Politik nicht damit davonkommen lassen, die Akteure des Finanzmarktkapitalismus in einen Zustand zu versetzen, das Spiel von neuem zu beginnen. Technische Reparaturen reichen nicht. Es ist Zeit für eine Wende.“

Und dann wird die Hoffnung formuliert: „Die Menschen sind nicht länger bereit, den Irrsinn eines Systems zu ertragen, in dem steigender gesellschaftlicher Reichtum destruktive Krisen auslöst.“ Genau das aber erwies sich bald als Irrtum. Die „Wir-zahlen-nicht-für-eure-Krise“-Proteste blieben nicht nur zahlenmäßig schwach, sie erreichten auch organisatorisch nur den engeren Kern der Linken. Es gab keinen gesellschaftlichen Aufbruch, keine Wut brach sich Bahn. Bei den radikaleren Teilen dominierten Zaghafzig- und Mutlosigkeit, bei den gewerkschaftlich orientierten die Hoffnung, bald werde nach dem Ende der Krise wieder alles sein wie vorher. Noch so viele Veranstaltungen, Kongresse zur K-Frage, Aktionskonferenzen und Ähnliches konnten daran nichts ändern. Und nachdem seit Sommer 2010 überall das Ende der Krise verkündet wurde, rieb sich die Linke zwar erstaunt die Augen und stellte fest, dass diese Einschätzung in anderen Ländern nicht geteilt wurde. Aber selbst nachdem die Krise als „Eurokrise“ zurück ins Bewusstsein der Öffentlichkeit kam, geschah in Deutschland nichts.

Deshalb waren die Erwartungen bescheiden, als Im Frühjahr dieses Jahres die spanische Bewegung der indignados zu einem weltweiten Protesttag am 15. Oktober aufriefen. Immerhin entschied Attac, eine größere zentrale Veranstaltung auf diesen Tag zu legen. Tatsächlich waren dann in zahlreichen Städten mit 40 – 50 000 Menschen ungefähr so viele auf den Beinen wie im März 2009. Und dennoch hat das alles eine völlig andere Wirkung als damals. Die Wir-zahlen-nicht-Demos hatten gezeigt, dass die alten Akteure unter sich blieben und dass ihre Bündnisse nicht ausreichen würden, um Bewegung ins Spiel zu bringen. Alle wussten, dass die Proteste nichts verändern würden; dafür hätten sich gesellschaftliche Sektoren beteiligen müssen, die bisher abseits standen.

2011 ist genau das geschehen. Selbstverständlich waren am Samstag vor zwei Wochen auch Leute auf der Straße, die vor zwei Jahren auch schon dabei waren. Selbstverständlich sind manche von denen auch in den Zelten und Versammlungen auf den Plätzen. Aber geprägt wird das Ganze durch neue Ausdrucksweisen und neue Leute. Offenes oder lebendiges Mikrofon, weitgehend durchgesetztes Verbot von Partei- und Organisationsfahnen, Besprechung jedes Anliegens von wem auch immer in der Vollversammlung mögen im Einzelnen nicht neu und vielleicht auch nicht dauerhaft durchzuhalten sein, geben aber erst einmal ein völlig anderes Bild als herkömmliche linke Veranstaltungen. Die Rolle des web 2.0 wird betont, aber da beginnt aus meiner Sicht die

## Geschichte der Parallelen und Gemeinsamkeiten.

Auch Attac wurde zu Anfang häufig dadurch beschrieben, dass wir „die Möglichkeiten des Internet“ zur Mobilisierung nutzen würden. Auch uns wurde zugeschrieben, eine Jugendbewegung zu sein, obwohl zwar junge, aber eben auch reichlich ältere Menschen dabei waren. Auch von uns hieß es, wir seien erst einmal auffällig durch Protestformen und weniger durch Inhalte. Wieviel davon stimmt, ist erst einmal egal, wichtig ist, dass vor allem die bürgerlichen Medien so funktionieren, dass solche Elemente Neugier und Aufmerksamkeit wecken. So verdankte auch Attac seine öffentliche Präsenz viel weniger seinen zahlreichen Aktiven und flächendeckenden Aktionen als vielmehr der Medienberichterstattung. Und diese wiederum stärkte den Zulauf zu dem neuen Akteur.

Mir scheinen diese formalen Ähnlichkeiten nicht zufällig zu sein, sondern auf Fragestellungen und Bedingungen zu verweisen, denen sich heute jede Bewegung stellen muss. Ein paar wenige seien ohnehin erschöpfend Anspruch genannt

Wenn es denn stimmt, dass das kapitalistische System als Ganzes in der Krise ist, dass das gesamte auf der Produktion von langlebigen Massenkonsumgütern beruhende Akkumulationsmodell nach Jahrzehnten seiner Finanzialisierung so langsam an sein Ende kommt, dann kann eine Bewegung heute nur eine von Beginn an globale sein. Nationale oder sektorale Reparaturen können der Krise nicht beikommen. Deshalb ergibt sich die Situation, dass nicht nur oppositionelle, sondern objektiv auch solche Kräfte auf grundlegende Änderungen drängen müssen, die einen anderen Kapitalismus retten wollen. Beide Aspekte sind deutlich sichtbar. Der Internationalismus ist sowohl bei der globalisierungskritischen Bewegung einschließlich Attac wie bei den aktuellen Entwicklungen organische Gründungsbedingung – anders als noch bei der Arbeiter- oder der Friedensbewegung, wo er über die Rolle einer selbstgestellten Aufgabe nie hinauskam. Gleichzeitig sind die Inhalte so vage, dass sie sowohl zur Systemopposition wie zur Basis für ein gründlich verändertes neues kapitalistisches Akkumulationsregime geeignet wären. Sollten sich die Eliten weltweit mehrheitlich in Richtung des letzteren bewegen (wovon bisher nichts sichtbar ist), dann fänden sich in den jüngeren Bewegungen genügend Hände zur Kooperation. Diese klassenmäßige Ambivalenz begründet sich nicht nur aus der überwiegenden sozialen Herkunft der AktivistInnen aus der Mittelschicht, sondern auch aus der objektiven Unhaltbarkeit des aktuellen Akkumulationsregimes.

Dabei geht es nicht nur um rein ökonomische Fragen (also das Akkumulationsmodell), sondern auch um gesellschaftlich-politische. Demokratie, nach Gramsci „Herrschaft durch Konsens“, funktioniert nicht mehr. Nachwachsende Generationen und nicht radikal systemoppositionelle Gegeneliten finden keinen Platz mehr im bestehenden Herrschaftsmodell. Also rebellieren sie irgendwann. So ist es nicht verwunderlich, dass am Anfang beider jüngster Bewegungsschübe Mobilisierungen aus Weltgegenden standen, in denen diese Probleme besonders zugespitzt sind und die ihrerseits die Forderung nach demokratischer Teilhabe und Selbstbestimmung in den Vordergrund stellen. Das zapatistische „Eine andere Welt ist möglich“ lieferte der globalisierungskritischen Bewegung ihr Stichwort und Motto gegen Thatchers und Schröders „Es gibt keine Alternative“ und der „arabische Frühling“ inspiriert nicht nur die Protestformen der aktuellen PlatzbesetzerInnen. Beide kann man als Elemente eines neuen Protestzyklus, als Suchbewegungen für einen eigenen Ausdruck verstehen. Beide sind keine klassenkämpferischen, sondern demokratische Volksbewegungen mit allen sich daraus ergebenden Schwierigkeiten.

Dazu gehört auch die, dass kaum einer Beteiligten klar ist, was die Berufung auf das ideologische Zwangskonstrukt „Volk“ alles an Unheil anrichten kann. So gibt es aktuell Berichte sowohl darüber, dass recht(sradikal)e Personen und Inhalte geduldet („alle müssen reden dürfen“), wie dass sie ausgegrenzt wurden. Attac hatte in den Anfangsjahren dasselbe Problem. Vor allem die Konzentration auf Banken und Finanzwirtschaft, die bei den Occupies noch stärker zu sein scheint,

als sie bei Attac je war, schafft hier Schwierigkeiten. Natürlich sind antifaschistische und antinationale Einwände hier völlig berechtigt, aber Bewusstsein ändert sich im Prozess und nicht schon vorher.

Dieselbe Widersprüchlichkeit zeigt sich auch im Verhältnis zur und im Verhalten der Obrigkeit. Aus Berlin wird über massive und brutale Polizeieinsätze berichtet, aus Frankfurt heißt es: „Die Kooperation mit der Polizei ist Programm, Randalierer sind unerwünscht.“ Und wenn sogar Finanzminister Schäuble Verständnis äußert und Obama die Proteste für seinen Wahlkampf nutzen will, dann klingeln alle linken Alarmglocken.

Gleichzeitig ist es diese Offenheit, die Dynamik erzeugt. Beide Male, um die Jahrtausendwende ebenso wie jetzt, ist ein vielgehörtes Statement der sich Bewegenden, dass man mit den herkömmlichen Formen auch und gerade von oppositioneller Politik nichts anfangen könne, sich darin nicht vertreten sehe. Attac sollte es nachdenklich stimmen, dass es so schnell aus der Rolle des alternativen in die des traditionellen Akteurs geraten ist. Auch für uns gilt, wie es in einem Text aus der Interventionistischen Linken (der es ja ähnlich geht) heißt, „dass gerade die Linke erst einmal zuhören muss: dass sie das Zuhören wieder lernen muss“. Bewegungsdynamiken sind riskant und können in die falsche Richtung laufen. Aber ohne Bewegungsdynamiken wird gar nichts laufen.